

Jetzt sind es nur noch wenige Wochen. Am 1. Januar 2007 übernimmt Angela Merkel den Vorsitz des Europäischen Rates. Die Erwartungen, die Europa in die deutsche Präsidentschaft setzt, sind groß. Dass es eine leichte Aufgabe wird, davon kann keine Rede sein. Ich bin jedoch der festen Überzeugung, dass die deutsche Regierung unter der kompetenten Führung der Bundeskanzlerin diesem Auftrag gewachsen ist. Für mich wird es der fünfte deutsche Vorsitz des Ministerrates der Europäischen Union sein, seit ich Regierungsmitglied bin. Mir selbst ist diese hohe europäische Aufgabe schon viermal zugekommen, davon zweimal als Regierungschef, zuletzt Anfang 2005. Der vielleicht wichtigste Punkt auf der Tagesordnung der deutschen Präsidentschaft war auch damals hochaktuell: der europäische Verfassungsvertrag. Mit diesem Dauerbrenner will ich mich hier eingehender beschäftigen.

Die Europäische Union durchlebt eine Krise. Die zwei gescheiterten Verfassungsreferenden haben sie nur aufgezeigt, nicht verursacht. Die Krise ist weder französisch noch niederländisch. Ja, sie ist nicht einmal im engeren Sinne politisch. Diese Krise geht tiefer und ist somit durch und durch europäisch. Mitte der Fünfziger-, Anfang der Sechzigerjahre und bis in die späten Siebzigerjahre hinein war Europa kein kontroverses Thema. Alle wollten Europa, alle wollten auch mehr Europa, und alle wollten immer schon Europa gehabt haben wollen, wenn wieder ein weiterer Integrations-

schritt in Europa stattfand. Heute aber ist es in Europa so, dass die Hälfte der Bevölkerung in fast all unseren Ländern gerne mehr Europa hätte, ein besseres Europa hätte, ein Europa, das weiterführende Integrations Schritte macht. Die andere Hälfte der Bevölkerung aber denkt, dass wir schon heute zu viel Europa haben. Und wenn fünfzig Prozent der Menschen gerne mehr hätten und andere fünfzig Prozent das bisher Erreichte schon für zu viel halten, dann sind einfache Wege sehr schwer zu finden. Dies obwohl es alle Bedenken, die in der Europadebatte in den einzelnen Mitgliedstaaten aufeinanderprallten, auch schon in den letzten Jahren als Erörterungsthemen gab.

Die Verfassung ist nicht in einem luftleeren Raum entstanden. Sie ist die natürliche Fortführung eines Einigungsprozesses, der sich seit über fünfzig Jahren entwickelt. Ein Prozess, ohne den „Europa“ heute höchstens eine leere Worthülse wäre. Der Vertrag gibt – auch wenn es sich um Kompromisse handelt – relativ klare Antworten auf Fragen, die sich in der europäischen Praxis der letzten Jahre immer wieder gestellt haben. Ja, er beantwortet gerade jene Fragen, die heute von den Gegnern der Verfassung aufgeworfen werden. Der Ruf nach mehr Europa erklingt doch auch jetzt, inmitten der europäischen Krise, immer wieder. Nehmen wir das Beispiel der unendlichen Tragödie im Nahen Osten. Europa hat doch eine ganz einfache Wahl. Entweder lamentiert jeder in seiner Ecke, denn kein Mitgliedsland hat alleine die nötigen Mittel, um sich wirk-

lich einbringen zu können. Oder wir tun uns zusammen. Gemeinsam, im Rahmen der Europäischen Union, haben wir nicht nur die Mittel, sondern auch die nötige Glaubwürdigkeit, um als ehrliche Makler einen nützlichen Beitrag zu leisten. Viele Menschen erwarten von Europa, dass wir als geschlossene Formation im Kampf gegen das internationale Verbrechen und den Terrorismus auftreten. Auch auf diese schwierige, aber höchst berechtigte Frage bietet die Verfassung Antworten, die von den Regierungen der 25 Mitgliedstaaten angenommen wurden und in Zusammenarbeit mit nationalen Abgeordneten und Europaparlament sowie Beitrittskandidaten und Zivilgesellschaft ausgearbeitet wurden. Dies alles mit einem Handstreich vom Tisch zu wischen kann nicht die Lösung sein. Wir müssen uns intensiver mit den Gegenstimmen zu Europa auseinandersetzen, als wir dies in der Vergangenheit getan haben. Wir müssen uns dabei auch fragen lassen, ob wir es nicht selbst sind, die Akteure des alltäglichen Europas, welche die EU schlecht gemacht haben.

Was ist aus diesem Traum geworden, dass die Europäer endlich wieder an etwas glauben, in der Politik, in der Publizistik, sonst wo? Nehmen wir zum Beispiel die Erweiterung. Man hat, als ich noch jung war, regelrecht öffentliche Veranstaltungen zum Thema organisiert: „Wie schaffen wir es, diese Grenzen in Europa wegzukriegen?“ Die Grenzen, von denen die Menschen damals wussten, dass sie ganz sicher nicht zu den geschichteten Erfindungen gehören, zu denen die Menschheit fähig war. Als dann plötzlich nicht nur die Grenzen, sondern auch die Schande des Eisernen Vorhangs weg war, haben wir die Erweiterung vor den Bürgern regelrecht zur Bedrohungskulisse aufgebaut. Wir haben davor gewarnt, was dies alles kostet, wie viele Menschen – als ob die Wilden jetzt kommen würden – aus Ost- und Mitteleuropa,

über diverse europäische Täler und Berge wie eine Lawine hereinbrechen würden. Und die Menschen haben Angst bekommen. So macht man keine Politik.

Wenn es eine generöse Idee gibt, wenn es die bereitwillige Zustimmung vieler auf unserem Kontinent zu neuen Abenteuern und zu neuem Ufer gibt, dann dürfen wir diesen massiven Willen der Menschen von der Politik her nicht kleinreden, indem wir warnen, nuancieren, abwägen und den Menschen oftmals aus absolut durchsichtigen innenpolitischen Motivationslagen heraus die Lust an Europa austreiben, anstatt den Menschen Lust auf Europa zu machen. Die erste Station auf dem Weg aus der Verfassungskrise besteht darin, die Europäer wieder stolz für das Erreichte empfinden zu lassen. In der ersten Hälfte der europäischen Integrationsgeschichte wurden sowohl das Erreichte als auch das zu Erreichende begrüßt. Heute ist das zu Erreichende immer populärer als das Erreichte, weil das Erreichte systematisch miesgeredet wird. Und deshalb fehlt vielen der Mut, über das noch zu Erreichende überhaupt irgendwelche öffentliche Debatten zu führen und öffentliches Nachdenken anzustellen. Eine weitere Station auf diesem Weg ist die des Europas der Resultate. Hier kommen große Herausforderungen auf den deutschen Vorsitz zu. Auch wenn ich denke, dass die deutsche Ratspräsidentschaft hier besonders gut aufgestellt ist. Wenn die Europäer wieder mehr stolz für das Erreichte empfinden und das Potenzial der EU, wenn es um konkrete Fragen geht, besser erkennen, dann werden sie auch wieder zu jenen Kompromissen bereit sein, die nötig waren und nötig sind, um die europäische Einigung weiterzutreiben.

Es warten nichtsdestotrotz auch in Bezug auf die Verfassungsgebung der Europäischen Union einige dicke Brocken auf den deutschen Ratsvorsitz, die sich nicht so einfach wegräumen lassen. Es wäre je-

doch gut, einige falsche Optionen einzuschläfern. Es ist nicht vorstellbar, dass man über das demokratische Votum der Franzosen und Niederländer hinwegschreitet, so als wäre nichts gewesen. Dass sie über den gleichen Vertrag erneut abstimmen, ist nicht vorstellbar. Von ganz vorne anzufangen, neu zu verhandeln, als ob es die sechzehn Staaten nicht gäbe, die den Verfassungsvertrag ratifiziert haben, darunter Spanien und Luxemburg per Volksentscheid, ist eine genauso falsche Option.

Deutschland übernimmt den Vorsitz des Europäischen Rates also in einem entscheidenden Moment. Es gilt jedoch die Erwartungen nicht zu hoch zu schrauben. Der europäische Wahlkalender im ersten Semester 2007 lässt der Bundeskanzlerin im Endeffekt nur ein kleines Fenster, während dessen das Thema Verfassung konstruktiv angegangen werden kann.

Das Deutschland, welches die Ratspräsidentschaft übernimmt, hat sich gewaltig entwickelt seit dem letzten Vorsitz 1999. Damals standen keine deutschen Soldaten an den Brennpunkten der Welt. Auch keine europäischen Soldaten im europäischen Namen. Heute ist das völlig anders. Ich möchte ausdrücklich begrüßen, dass heute etwas normal geworden ist, was in der deutschen Kontroverse der späten Achtziger- und frühen Neunzigerjahre immer wieder völlig unterging. Dies ist ein Quantensprung deutscher Politik und deutscher Diplomatie. Deutschland agiert international und global und deshalb auch auf gleicher Augenhöhe mit den größten Ländern in der Europäischen Union. Dies tut uns gut, und dies tut hoffentlich auch den Deutschen insgesamt gut.

Deutschland akzeptiert sich wieder selbst. Mit Bedacht und mit dem gebotenen Zögern nimmt es sich der Aufgaben an, die ein Land in der Mitte Europas annehmen muss, das nicht nur die größte Volkswirtschaft, sondern auch das größte demografische Gewicht auf die europäische Waage bringt. Für Europa halte ich

das für einen Glücksfall. Deutschland ist das Land in Europa mit den meisten Nachbarn und deshalb auch das Land mit der größten Verantwortung in Europa und für Europa, und auch für Europa in der Welt. Deutschland weiß mit dieser Verantwortung umzugehen. Es hat ein Gespür dafür entwickelt, anderen zuzuhören, ob große oder kleine, ob nahe oder entfernte Verwandte. Dieser Wille, allen zuzuhören, niemanden von dem deutschen Radarschirm zu verlieren, ist in Deutschland unverkennbar, wenn es um die Vorbereitungen und die Durchführung der deutschen Ratspräsidentschaft geht. Ich halte das für eine deutsche Tugend, die andere nicht missen möchten. Und insofern wird dies eine logische Fortsetzung auch während des deutschen Vorsitzes finden. Deutschland hat auch durch vieles, was in den vergangenen Jahren geleistet wurde, dazu beigetragen, dass das europäische Ausland weiß: Auf die Deutschen ist in der Europapolitik Verlass. Das Gewicht dieser deutschen Glaubwürdigkeit wird es voll einzusetzen gelten, damit andere sich in die richtige Richtung absetzen.

Mit Angela Merkel steht an der Spitze der deutschen Regierung eine Frau, die, sowohl vom Instinkt wie vom Geschick her, wie gemacht ist für die Herausforderung, die der Vorsitz des Europäischen Rates darstellt. Sie ist eine überzeugte Europäerin und weiß um die europäische Verantwortung Deutschlands. Schon vor ihrem Amtsantritt hat sie ihr Engagement für Europa, in der großen Tradition von Helmut Kohl, unter Beweis gestellt und sich damit das Vertrauen der anderen Mitglieder des Europäischen Rates gesichert. Große Herausforderungen auf der einen Seite, das nötige Feingefühl für die europäischen Dinge auf der anderen. Der deutsche Ratsvorsitz wird sicher kein einfacher. Die Voraussetzungen sind umso mehr gegeben, dass er bedeutend sein wird.